

sion berührt als die relativ einfache Kritik der schäbigen Verhältnisse im real existierenden Sozialismus. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, lieber Richard. Ich möchte Ihnen ganz kurz unsere folgende Referentin vorstellen: Frau Professor Wolff-Poweska, geboren 1941 in Tarnopol, Historikerin und Politikwissenschaftlerin; Diplom an der Adam-Mickiewicz-Universität Posen 1964; Promotion; Habilitation; Professur seit 1986; seit dem 1. Juli 1990 Direktorin des Westinstituts Posen; seit dem 1. Januar 1994 im Vorstand des Forums Polen – Bundesrepublik Deutschland. Ist die Aufarbeitung der Vergangenheit eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat?

**Prof. Dr. Anna Wolff-Poweska:** Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Der Demokratisierungsprozeß in den Ländern, die sich vom Kommunismus abwenden, ist mit einem sehr vielgestaltigen Komplex neuer Erfahrungen verbunden, in dem die Aufarbeitung der Vergangenheit ein integrales Element darstellt. Um die neue Ordnung zu legitimieren und die Demokratie zu stabilisieren, ist es unabdingbar, das alte System zunächst genau zu studieren, es von innen her kennenzulernen und zu bewerten. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, von denen nur folgende genannt seien:

Die Länder, die von der Diktatur zur Demokratie übergehen, müssen alles tun, um einen Rückfall in das alte System zu verhindern. Das ist die wichtigste Aufgabe, die sie den Opfern und ihrer eigenen Vergangenheit schuldig sind, denn die kommunistischen Diktaturen hatten stets den Anspruch erhoben, im Namen des ganzen Volkes aufzutreten und hatten ganze gesellschaftliche Gruppen in ihr System eingebunden. Damit ist eine objektive Bewertung und vor allem eine kritische Reflexion der verwickelten Probleme der Vergangenheit eine *conditio sine qua non*, wenn man die Menschen, die Untertanen dieses Systems gewesen waren, zu Bürgern erziehen will, die sich ihrer Rechte und Pflichten bewußt sind.

Zur Aufarbeitung der Vergangenheit gehört nicht nur, daß man der vergangenen Epoche sowie ihren wichtigsten Akteuren und ihren Mitläufern Gerechtigkeit widerfahren läßt. Es liegt nicht im wohlverstandenen Interesse des neuen demokratischen Rechtsstaats, die Legitimierung des neuen Systems auf der Basis einer vereinfachenden Schwarz-Weiß-Konfrontation der alten Diktatur mit der neuen Demokratie zu suchen. Die Kultur der Abwendung vom Kommunismus wird in hohem Maße die Kultur und die Qualität des demokratischen Staates bestimmen.

So hat die Entkommunisierung nur dann einen Sinn, wenn sie der Umerziehung der Gesellschaft dient. So wie damals der Antifaschismus allein nicht ausreicht hat, den Kommunismus zu legitimieren, so reicht es heute nicht, Antikommunist zu sein, wenn man Demokrat werden will. Eine neue demokratische Identität verlangt ein historisches Gedächtnis. Wie weit es uns gelingt, uns mit der neuen Ordnung zu identifizieren, hängt weitgehend davon ab, ob – und,

wenn ja, in welchem Maße – sich die mittelosteuropäischen Völker mit der jüngsten Vergangenheit identifiziert hatten.

Wenn man diesen Aspekt bewerten will, muß man eine Antwort auf eine Reihe von Fragen finden: An welche historische Tradition sollte man anknüpfen? Was sollte man verwerfen, was im Gedächtnis behalten? Inwieweit war die Identität der Bürger der DDR, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik eine durch die Parteipropaganda suggerierte Identität, und in welchem Maße war sie von den Bürgern als ihre eigene akzeptiert worden? Inwieweit hatte es sich bei der Identität der Bürger in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus um eine Pseudo-Identität gehandelt, die einer inneren Legitimierung entbehrte, und inwieweit hatten sich die Menschen doch authentisch mit der Ordnung identifiziert, in der sie leben mußten?

Die Schaffung einer neuen politischen Kultur erfordert tiefgehende Reflexion, sachliche Analyse und öffentliche Diskussion, ohne die das totalitäre Übel nicht entlarvt werden kann. Denn die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Gestaltung der neuen Ordnung hängt weitgehend davon ab, welche Schlußfolgerungen die Öffentlichkeit aus der eigenen Geschichte zieht.

Wenn man bedenkt, daß die Demokratisierungsprozesse gewöhnlich eine soziale Krise mit sich bringen, die gleichzeitig eine Krise der Kriterien für das Erinnern und Vergessen darstellt, wird man Antworten auf wichtige Fragen finden müssen: In welcher Weise muß man sich mit der Vergangenheit der Nation auseinandersetzen, damit deren Bewertung wirklich zu einer Reflexion des eigenen Ich gerät? Wie muß man die eigene Verstrickung in das alte System beurteilen, damit sich die Quellen der Schwäche in Faktoren der Stärke verwandeln können? Wie muß man den Dialog mit der Geschichte führen, damit daraus eine Basis für Kompromißbereitschaft und gemeinsame Verantwortung erwächst? In der Reflexion dieser Aufgaben werden die fundamentalen Probleme des ausgehenden Jahrhunderts sichtbar werden.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist für die jungen Demokratien zugleich eine Chance und eine Herausforderung, die viele Fallstricke bereit hält:

Erstens die Chance des demokratischen Staates. Die Gegenwart leitet sich aus der Vergangenheit ab, die die Menschen bei der Schaffung einer besseren Realität nicht lähmen, sondern ermutigen sollte. Der Demokratie ist besser gedient, wenn man sich um Verständnis für die Vergangenheit bemüht, als wenn man Märtyrertum kultiviert. Die Abkehr vom Kommunismus weist in den Ländern östlich der Elbe neben unterschiedlichen Maßnahmen zum Abbau des Totalitarismus eine ganze Reihe von Ähnlichkeiten auf. Die Völker dieser Region gefallen sich vor allem in der Rolle von Opfern des Systems. Indessen ist die Konzentration auf die eigenen Unbilden einer nüchternen Bewertung der ganzen Komplexität eines Phänomens wie des Kommunismus nicht eben förderlich. Sie verführt eher dazu, auf das Podest der kommunistischen Heroen mechanisch